

# UBS-Banker in Libor-Skandal verwickelt

**ZINSEN** Auch Banker der UBS sollen Zinsen manipuliert haben. Experten gehen davon aus, dass noch mehr Banken im Libor-Skandal beteiligt sind.

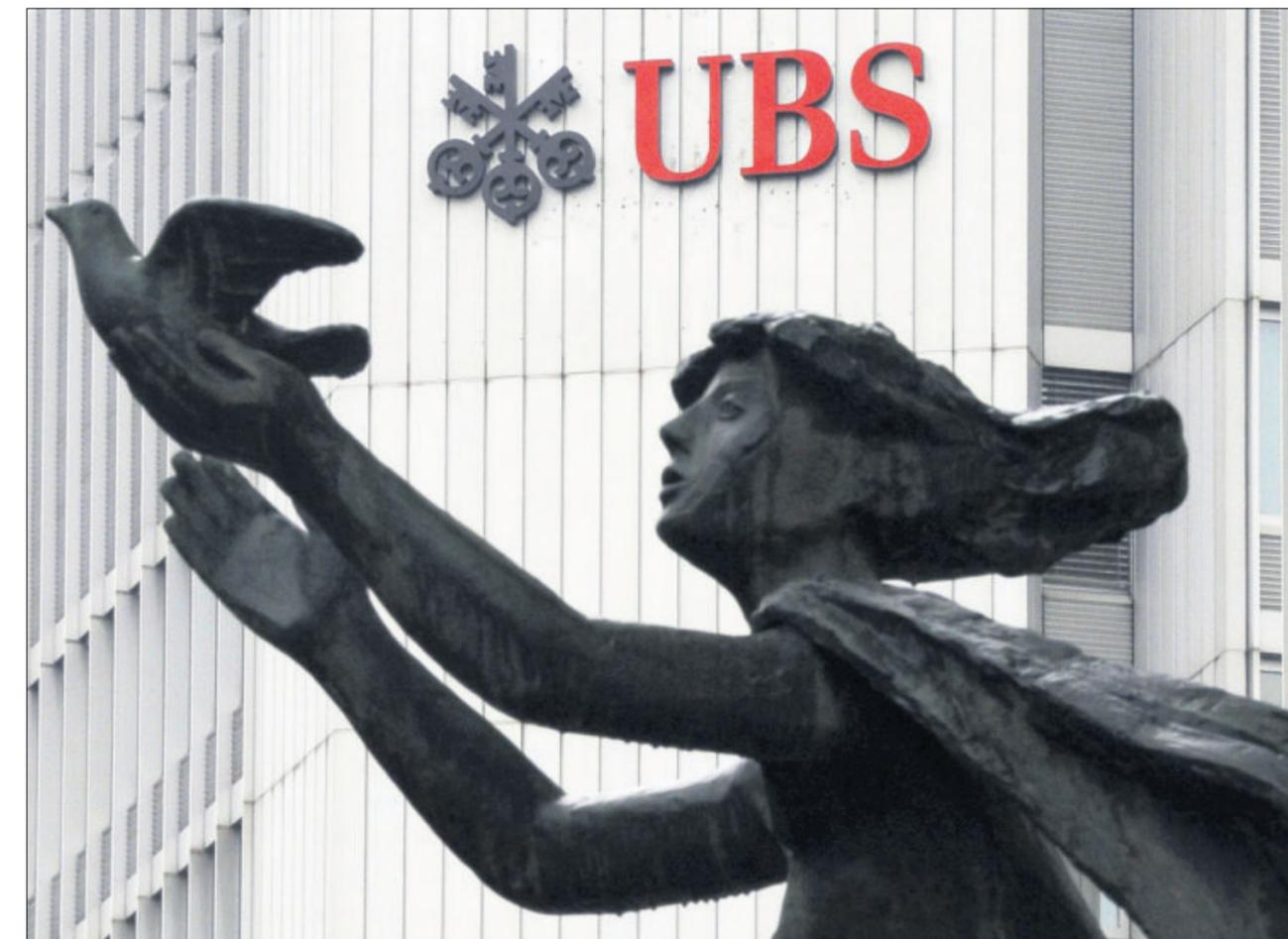
BERNARD MARKS  
bernard.marks@luzernerzeitung.ch

Gestern kamen bei den Ermittlungen um den Libor-Skandal neue Details ans Licht. Offenbar spielen die Royal Bank of Scotland und auch die UBS eine zentrale Rolle bei Zinsmanipulationen in den Jahren zwischen 2006 und 2010. Bislang konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Ermittlungen hauptsächlich auf die britische Bank Barclays.

Eine entscheidende Frage ist zudem, ob nur einzelne Händlerringe hinter den Trickserien in der Zeit der Finanzkrise stehen, oder ob sogar die Führungsebene der beteiligten Banken in die Vorgänge eingeweiht war. In diesem Zusammenhang werden Händler der UBS genannt, die Zinsen manipuliert haben sollen. Anfang der Woche verlautete es aus Justizkreisen, dass Ermittler in Europa und den USA erste Festnahmen von Händlern planen. Auch Anklagen würden bereits vorbereitet.

## «Unelegant und überbewertet»

Aufgrund einer Selbstanzeige der UBS bereits im Februar dieses Jahres hatte die Schweizer Wettbewerbskommission (Weko) eine Untersuchung gegen die Grossbanken UBS und CS sowie gegen zehn ausländische Finanzinstitute eröffnet. Der emeritierte Professor für Bankwesen an der Universität Zürich, Hans Geiger, ist der Ansicht, dass sich die UBS damit selbst den Kopf aus der Schlinge gezogen hat. «Der Libor-Skandal ist zwar unelegant, aber er wird überbewertet», sagt Geiger. Die Geschichte werde bald vergessen sein, denn finanzielle Vorteile habe in diesen Fällen keiner gehabt. Banken haben seiner Ansicht lediglich versucht, ihre Bonität besser aussehen zu lassen, als sie in der Zeit der Finanzkrise wirklich war. Denn die Differenz zwischen Libor-Zins und dem Zinssatz einer risikolosen Anlage zeige, wie es um das Bankensystem bestellt sei. Ist dieser Wert bei null, gehen Banken davon aus, gegenseitig kreditwürdig zu sein. Liegt der Wert höher, gibt es Unsicherheit im Markt, und diese war in der Hochphase der Finanzkrise laut Geiger ohnehin zu hoch. «Allen Beteiligten war dieses Prozedere deshalb recht, weil auf diese Weise die Unruhe nicht noch grösser



Die Schweizer Grossbank UBS hat offenbar auch bei den Zinsmanipulationen im grossen Stil mitgemacht.  
Keystone/Steffen Schmidt

wurde», erklärt Geiger. Auch den Aufsichtsbehörden wie der Amerikanischen Notenbank (FED) und der Bank of England war diese Praxis laut Geiger bekannt. «Dies belegen Protokolle, die den Behörden vorliegen», sagt Geiger.

## Hohe Gewinne erzielt

Das bestätigt auch Roger Rissi. Er ist Dozent an der Hochschule Luzern und spezialisiert auf das Thema Libor-Zinsen. «Die amerikanischen sowie britischen Aufsichtsbehörden müssen von den Manipulationen, insbesondere während der Finanzkrise, gewusst haben», sagt Rissi. Aber sie haben nicht gehandelt. Anders als Geiger sieht er den Libor-Skandal jedoch noch lange nicht ausgestanden. «Nicht nur die UBS, sondern mehrere Banken haben die Zinsen manipuliert und dabei hohe Gewinne gemacht», ist Rissi überzeugt. Eine Bank alleine könne aufgrund des Zinsfestsetzungsprozesses nichts beeinflussen. Der Referenzsatz wird einmal täglich in

London in verschiedenen Währungen ermittelt und liegt quasi allen Finanztransaktionen am Markt zu Grunde. Der Satz beruht auf den von den Banken gemeldeten Refinanzierungskosten. 18 Banken machen beispielsweise für den USD bei der Festlegung des Libor-Zinses mit. Die höchsten und die tiefsten Zinssätze werden zur Berechnung nicht herangezogen. Aus diesem Grund könne laut Rissi eine einzelne Bank den Libor-Zinssatz nicht nach Gutdünken beeinflussen. Denn liegt ihre Notierung für den Libor-Zins zu hoch oder zu tief im Vergleich zu den anderen teilnehmenden Banken, wird diese Kursnotierung für die Durchschnittsberechnung automatisch eliminiert. «Es muss also Absprachen unter vielen Banken gegeben haben», ist Rissi überzeugt. Rissi denkt, dass im Libor-Skandal der Tatbestand einer kartellähnlichen Absprache vorliegt.

Während der Finanzkrise wurden, so Rissi, Liborzinsen auf Beträge in Höhe

von 800 000 Milliarden Euro manipuliert. Die drei Institute Barclays, die Royal Bank of Scotland und die UBS beschäftigten, so die Meldung von gestern, mehr als ein Dutzend Händler, die Referenzzinssätze in Dollar, Euro oder Yen beeinflussen wollten. Da einige dieser Händler für mehrere in den Skandal involvierte Banken gearbeitet hatten, entstand offenbar ein Netzwerk, in dem sich die Manipulationen mit jedem Arbeitsplatzwechsel weiter manifestierten. Einer dieser Händler arbeitete beispielsweise von März 2006 bis Oktober 2009 bei Barclays. Derzeit habe er eine ähnliche Position bei UBS in den USA inne. Zwei Händler bei der Royal Bank of Scotland sollen einem UBS-Kollegen bei der Manipulation des Zinssatzes Libor in Yen geholfen haben. Und offenbar konnten einige dabei satts Gewinne einstreichen. «Dies belegen E-Mails von Händlern, die veröffentlicht wurden und in denen mit Champagner angestossen wurde, erklärt

Rissi. Er deutet klar darauf hin, dass es hohe Profite auf bankeigene Positionen gegeben haben muss. Wie hoch diese gewesen sind, wird seiner Ansicht nach schwer herauszufinden sein.

Aber für den Experten wiegt schwer, dass die Kontrollmechanismen der Banken in der Finanzkrise nicht funktioniert haben. Das Versagen dieser «Chinese Walls», das sind Instrumente zur Kontrolle verschiedener Abteilungen einzelner Institute, sei, so Rissi, besorgniserregend. Im Rahmen der Untersuchungen gilt es seiner Meinung nach abzuklären, für welche Bank wann welche Vorwürfe zutreffen. Alles über einen Kamm zu scheren, wäre angesichts der Komplexität fehl am Platz. Keiner der genannten Händler war für eine Stellungnahme zu erreichen. Auch die Banken wollten dazu nichts sagen. Die UBS wolle sich nicht zu dieser Angelegenheit äussern, sagte Peter Hartmeier, Leiter der Unternehmenskommunikation, gestern gegenüber unserer Zeitung.

## Gestörtes Unrechtsbewusstsein?

Die nicht enden wollende Debatte um den Umgang des Finanzplatzes Schweiz mit Schwarzgeld ausländischer Kunden prägt – leider – auch den Sommer 2012. In den heissen Monaten wollen sich Pressemeldungen zufolge italienische Steuerfahnder an italienische Ferienorte begeben, um Jagd auf Steuersünder zu machen. An VIP-Orten soll dies spürbar geworden sein, weil weniger reiche Gäste ihre Ferien dort verbringen wollen. Man kann sich wundern oder auch nicht, jedenfalls: wer nichts zu fürchten hat, dem könnten die Steuerfahnder egal sein.

**Wundern kann man sich** im Übrigen auch über Banken, welche Staatsgarantie geniessen oder staatstragenden Fürstenthümern gehören und die Betreuung von Schwarzgeld als Teil des Geschäfts betrieben haben, obwohl sie angesichts ihrer «Herkunft» eigentlich Steuerehrlichkeit als Prinzip beachten müssten.

Bleiben wir noch einen Moment bei der angeblich miesen Laune des italienischen Jetsets: Zu Anfang 2012 sollen Steuerfahnder in Cortina d'Ampezzo der Schicke-

ria die Silvesterpartys verdorben haben, weil sie deren Lebenswandel mit der entsprechenden Steuererklärung vergleichen haben. Wir ahnen, worum es geht. Wir lächeln, zucken mit den Schultern und denken, ach ja ... bella Italia.

**Wir sind hier also mutmasslich** im Bereich von Steuerdelikten. Bisher – oder wie die Banken heute zu sagen pflegen – in der alten Welt, fanden wir

## AUSSICHTEN

das nicht so schlimm. In der neuen Welt hingegen soll das anders sein – das Ausland, namentlich die USA, zwingen uns dazu. Vielleicht der Anlass, einmal über unsere Innenverhältnisse und das herrschende Unrechtsbewusstsein im Verhalten gegenüber unserem Staat zu sprechen.

**Wenn wir nämlich** in den Medien oder auf der Homepage des Bundesgerichts von Fällen lesen, in welchen Sozialversicherungsbetrüger verurteilt wurden, dann sind wir über solche Menschen empört. Das geht doch nicht, auch von wegen Solidarität, Missbrauch des Sozialversicherungssystems und so. Für ehrliche Bürger ist das also ein Affront.

**Ein Beispiel bildet** das Urteil des Bundesgerichts vom 25. Juni 2012. X. erlitt einen Arbeitsunfall. Bei einer Nachkontrolle wurden ein Halswirbelsäulen-Schleudertrauma, Quetschungen im Bereich der Halswirbelsäule und andere Diagnosen gestellt. Trotz zahlreicher ärztlicher Untersuchungen und Therapien während mehrerer Jahre stellte sich keine Besserung ein. Die von X. geschilderten Schmerzen waren mit technischen Methoden nicht überprüfbar. Die Ärzte mussten sich daher auf die subjektiven Angaben des Verunfallten verlassen.

**Die Suva erbrachte die** gesetzlichen Leistungen und sprach X. eine ganze Invalidenrente und eine Integritätsentschädigung zu. Auch die IV gewährte ihm eine ganze Rente. Aufgrund einer Mitteilung der ehemaligen Arbeitgeberin überprüfte die Suva den Fall erneut und stellte fest, dass die von X. geschilderten Beschwerden in unbeobachteten Situationen nicht auftraten. Vielmehr konnte er verschiedenste (sportliche) Freizeitaktivitäten ausüben, obwohl er den behandelnden Ärzten vorgab, unter unerträglichen Schmerzen im rechten Arm und Bein zu leiden. In einem Strafverfahren wurde X. wegen gewerbmässigen Betruges verurteilt. Es ging um einen Deliktsumsatz von über 730 000 Franken. X. hatte – um es vereinfacht zu sagen, den Staat auf dessen «Ausgabenseite» über den Tisch

gezogen. Dass dieses Verhalten nicht angeht, darüber sind wir uns alle einig. Auch die Finanzinstitute haben dafür nie Hand geboten.

**Uneinigkeit besteht indessen** oft, wenn es um die Steuerseite, also um die «Einnahmenseite» des Staates geht. Hier gibt es zunächst die offene Frage, wie es sich mit der Steuerehrlichkeit in der Schweiz wirklich verhält. Und dann kommt die Argumentationskette für Schwarzgeld: zu hohe Steuerbelastung, zu viele Beamte – ein ganzes Sammelurium von Begründungen. Nur haben diese nichts mit der Frage zu tun, dass Steuern gemäss Gesetz zu entrichten sind.

**Diese doch etwas** merkwürdigen Ausgangslagen sind des Nachdenkens wert. Ist «Bschiss» gegenüber dem Staat bei dessen Ausgabenseite schlimmer als bei dessen Einnahmenseite? Und weshalb genau? Begründen Sie es gegenüber Ihren Kindern.

MONIKA ROTH

## HINWEIS

► Monika Roth (60) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Für weitere Informationen besuchen Sie ihren Blog: <http://blog.hslu.ch/ifz> ◀

